

Beschluss (vorläufig; Stand: 27.05.2009)

Bundestagswahlprogramm 2009

Kapitel 6

VerbraucherInnen an die Macht – Informationsfreiheit und Sicherheit

Schöne neue Warenwelt. Aber wer findet sich noch zurecht im Kleingedruckten? Wer hat nicht das Gefühl, immer öfter abgezockt zu werden. Energiemonopolisten kassieren bei den Stromtarifen ab. Der Werbeterror am Telefon nervt. Gentechnikfreie Ernährung oder klimafreundliches Einkaufen wird zum Suchspiel für kritische VerbraucherInnen. Wir wissen oft nicht einmal, was in den Produkten wirklich drin ist und unter welchen Bedingungen sie hergestellt sind.

Wir Grüne haben die Verbraucherpolitik ganz vorne auf die Tagesordnung gehoben und in der Bundesrepublik erstmals ein wirkliches Verbraucherministerium geschaffen. Mit einem Lebensmittelrecht vom Acker bis zum Tisch und unserem staatlichen Biosiegel wurde nach der BSE-Krise das Vertrauen der VerbraucherInnen zurückgewonnen. Aber seit die große Koalition regiert, ist nicht mehr viel passiert. Ein wirksames Verbraucherinformationsgesetz hat sie ebenso wenig erreicht wie Schutzrechte für Kundendaten oder einen effektiven Schutz gegen Gammelfleisch und Genfood. Dieser Stillstand ist nicht nur schlecht für die Menschen, er ist auch kein Anreiz für nachhaltige Wirtschaftsprozesse.

Ein neues Verhältnis zwischen Produzenten und VerbraucherInnen ist wichtiger Bestandteil des grünen Neuen Gesellschaftsvertrags. Dabei ist kluges Verbraucherverhalten ein wichtiger Baustein zur Lösung der Probleme. Manchmal reicht schon ein kritischer Blick, um die besseren Alternativen wie Ökostrom, Biokartoffeln oder LED-Energiesparlampen zu entdecken. Verbraucherinnen und Verbraucher können jeden Tag an der Ladentheke abstimmen und ihre Nachfrage ausspielen. In anderen Fällen aber müssen wir notwendige Rechte auf Information, Schutz und Wahlfreiheit erst schaffen. Grüne Verbraucherpolitik ist eine Politik der Gerechtigkeit. In einer unübersichtlichen Welt sind Verbraucherinnen und Verbraucher nicht immer auf Augenhöhe mit den Anbietern. Als Einzelner fühlt man sich machtlos, dann etwa wenn die Strompreise mal wieder grundlos steigen und fadenscheinige Gründe geltend gemacht werden. Hier muss Verbrauchermacht organisiert und ihre Interessensvertretung ausgebaut werden. Wir wollen Menschen besser vor Abzocke, dem Verlust ihrer Ersparnisse und vor Falschberatung schützen. Fast jeder zehnte Privathaushalt ist überschuldet. Wenn Menschen kein Girokonto mehr erhalten, ist ihre wirtschaftliche Teilhabe blockiert. Banken müssen sich hier ihrer sozialen Verantwortung stellen. Und zu einer Verbraucherpolitik für mehr Gerechtigkeit gehört auch, dafür zu sorgen, dass nicht unter unwürdigen, ausbeuterischen oder gesundheitsgefährdenden Bedingungen oder mittels Kinderarbeit produziert wird. Der Konsum fair gehandelter Produkte von Kaffee bis Spielzeug sorgt dabei für globale Solidarität.

Grüne VerbraucherInnenpolitik ist europäisch. Tag für Tag greift die europäische Politik in den Konsumentenalltag ein. Anstatt wie die Bundesregierung den Ministerrat dafür zu nutzen, die Interessen von Chemie- und Agrarindustrie durchzuboxen, wollen wir in Brüssel dafür sorgen, dass Obst und Gemüse pestizidfrei ist und wirtschaftliche Verbraucherinteressen systematisch bei Energiefragen, Fahrgastrechten oder Konsumgütern wie Spielzeug zur Geltung kommen. Ein positives Beispiel ist die durch die EU erzwungene Absenkung der Roaming- Gebühren.

Grüne Verbraucherpolitik ist eine Politik der Freiheit. Erst wer die Wahl zwischen Alternativen hat, kann selbstbestimmt leben. Unsere Welt wird so bunter und lebenswerter. Marktversagen, Marktmacht oder Monopole schränken dagegen die Handlungsfreiheit der VerbraucherInnen ein. Deshalb wenden wir uns gegen Genfood auf dem Teller, diktierte Nutzungsbedingungen im Internet und vorgeschobene Geschäftsgeheimnisse.

Grüne Verbraucherpolitik dient dem Klimaschutz. Gutes Leben hängt für uns mit einem nachhaltigen Lebensstil zusammen. Wer die quälerische Massenhaltung bei Tieren ablehnt und saisonale Biolebensmittel kauft, tut sich etwas Gutes und sorgt außerdem für eine bessere Umwelt und sichere Arbeitsplätze in der Region. Wenn der Einkaufskorb in Zukunft noch stärker strategisch genutzt wird, werden gierige Spritfresser und energieverschwenderische Klimakiller in den Haushalten immer weniger. Ohne gesetzliche Vorgaben klappt das nicht, denn freiwillige Selbstverpflichtungen, z.B. der Autoindustrie zur CO₂- Reduzierung, wurden in der Vergangenheit zu häufig gebrochen. Vor allem eine bessere Kennzeichnung – die z.B. den Ressourcenverbrauch der Produkte angibt – und ökologisch-sozial faire Preise erlaubt es jedem Geldbeutel auf zukunftsfähige Produkte umzusteigen.

Wissen, was drin ist

Wir fordern ein umfassendes Informationsrecht für Verbraucherinnen und Verbraucher. Das Verbraucherinformationsgesetz der großen Koalition lehnen wir als Etikettenschwindel ab. Verbraucherrelevante Informationen auf den Produkten müssen verpflichtend werden. Wir wollen ein Nachhaltigkeitssiegel, das die ökologischen und sozialen Auswirkungen einer Ware wie Klimaschäden deutlich erkennbar macht. Wir wollen eine aktive und wirksame Politik der Verbraucheraufklärung mit einem erweiterten Bildungs- und Beratungsangebot der Verbraucherverbände. Bund und Länder müssen hier ein gemeinsames Finanzkonzept für die Verbraucherarbeit entwickeln. Wir schlagen hierzu eine eigene Stiftung vor.

Starke Verbraucherrechte

Wir wollen Lücken im Verbraucherrecht schließen. Die große Koalition hat hier nur Papiertiger produziert. Wir fordern die Möglichkeit zur Sammelklage, damit Verbraucherinnen und Verbraucher sich als Gruppenkläger vor Gericht zusammenschließen und ihr gutes Recht schnell und einfach durchsetzen können. Fahrgäste brauchen angemessene Rechte bei Verspätungen ab 30 Minuten. Und wer am Telefon durch unerlaubte Werbeanrufe überrumpelt wird, muss wirksam vor untergeschobenen Verträgen geschützt werden. Dazu wollen wir eine schriftliche Bestätigung einführen. Das Datenschutzrecht muss verbraucherfreundlich grundsaniiert werden. Den Wandel auf dem Gesundheitsmarkt, der Patienten durch freiverkäufliche Gesundheitsleistungen immer mehr zu KundInnen und Ärztinnen und Ärzte immer häufiger zu VerkäuferInnen macht, wollen wir mit einem Patientenrechtegesetz erfassen. Der Schutz der VerbraucherInnen hat für uns Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Unsichere Produkte werden bisher nur mangelhaft kontrolliert. Hier brauchen wir eine bessere Ausstattung der Kontrollbehörden und eine anonyme Hotline für MitarbeiterInnen, damit Licht ins Dunkel kommt.

VerbraucherInnen vor Finanzhaien schützen

Die Finanzmarktkrise zeigt deutlich, dass wir mehr Verbraucherschutz bei Geldgeschäften brauchen. Wer von den Menschen aktive Eigenvorsorge erwartet, muss auch die Durchsetzung ihrer Interessen unterstützen. Viele Menschen haben ihre Alterssicherung verloren, weil sie schlecht beraten wurden. Eine Geschäfts- und Provisionspolitik bei Banken und Sparkassen auch die Verkäuferinnen und Verkäufer von Finanzprodukten, so unter Druck setzt, dass eine gute und objektive Beratung auf der Strecke bleibt, muss beendet werden. Wir wollen die Finanzmärkte durch klare, grenzüberschreitende Regeln wieder fair und gerecht gestalten. Wer privat für das Alter vorsorgt, soll nicht unter provisionsgesteuerten Finanzjongleuren oder betrügerischen Anlagemodellen leiden. Und es muss auch nicht Betriebswirtschaft studiert werden, um mit einem guten Gewissen eine Riester-Rente abzuschließen. Mit einem verpflichtenden Verbraucherlabel für alle Finanzprodukte, das Sicherheit, Rendite, Laufzeiten sowie ethische und ökologische Kriterien auf einen Blick erkennbar macht, wollen wir Vergleichbarkeit und Verlässlichkeit schaffen. Neuartige Finanzprodukte sollen von der staatlichen Aufsicht mit einer Art Beipackzettel risikobewertet und bei Bedenken einem Zulassungsverfahren unterworfen werden. Vertrauen braucht Kontrolle. Ein sogenannter Finanz-Marktwächter soll unter dem bewährten Dach der Verbraucherzentralen den Markt kontrollieren, VerbraucherInnen aufklären und Streitfälle schlichten. KreditnehmerInnen, wie Hauseigentümer- oder UnternehmerInnen wollen wir beim Weiterverkauf ihrer Kredite durch die Banken optimal schützen. Ein Programm zur Finanzaufklärung, anbieterunabhängige Beratung und ein finanzieller Vorsorge-Check soll VerbraucherInnen vor Schuldenfallen schützen. Wir setzen uns dafür ein, dass jede und jeder ein Recht auf ein Girokonto erhält. Das Angebot an Verbraucher- und Schuldnerberatungen ist dringend zu auszubauen. Und das Entschuldungsverfahren (Privatinsolvenz) für Privatpersonen ist auf 3 Jahre zu verkürzen.

Faire Energiepreise

Vier Großkonzernen auf dem deutschen Strom- und Gasmarkt nutzen ihre monopolartige Marktmacht aus für wucherische Preistreiberei und überzogene Rekordprofite. Sie werden dabei von SPD und CDU/CSU beschirmt. Wir kämpfen für faire Energiepreise und mehr Wettbewerb auf den Energiemärkten. Ein Schritt dahin ist die Überführung der Energienetze aus dem Eigentum der Konzerne in eine öffentlich kontrollierte Netzgesellschaft. Wir wollen einen Marktwächter schaffen, der Verbraucherinteressen gegenüber den Energiekonzernen, Politik und Aufsichtsbehörden durchsetzt. Weitere Ziele sind klimafreundliche und soziale Tarifmodelle und der erleichterte Wechsel zu Ökostrom. Bei der Preisbildung soll darüber hinaus eine gewisse Stabilitätsfrist gelten. Stündlich wechselnde Preisangaben, z.B. für Benzin an Tankstellen, sind wettbewerbswidrige Lockvogelangebote.

Gesunde Lebensmittel - Kein Genfood auf unsere Teller

Wir GRÜNEN setzen uns für eine transparentere Kennzeichnung von Lebensmitteln ein. Mit uns GRÜNEN soll Essen wieder Spaß machen! Verbraucheraufklärung muss finanziell besser ausgestattet werden. Die Vermittlung von Ernährungswissen und Verbraucherbildung muss insbesondere in der Schule vermittelt werden. Schulküchen, aber auch Kantinen und Mensen müssen veranlasst und gefördert werden, gesundes Essen, Fairtrade und Bioprodukte zu bieten. Das haben wir bereits in vielen Modellprojekten erprobt. Das Ergebnis: Gesunde Ernährung und knappe Budgets sind miteinander vereinbar, Qualität ist möglich, häufig sogar kostenneutral!

Wie die Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher lehnen auch wir Grünen Gentechnik auf unserem Teller ab. Wir stehen Seite an Seite mit Bauern, ImkerInnen und VerbraucherInnen, die an vielen Orten Gentechnikfreie Regionen ausrufen und sich gegen den Anbau von gen-

technisch veränderten Pflanzen wenden. Agro-Gentechnik schafft Probleme und keine Lösungen, weder bei uns noch in Entwicklungsländern. Sie befördert weltweit Monokulturen, gefährdet die Umwelt, gentechnikfreie Produktion und Arbeitsplätze. Sie bedroht die Wahlfreiheit der Verbraucher, sich für gentechnikfreie und auch ökologische Lebensmittel entscheiden zu können. Gentechnik macht Landwirte noch abhängiger von wenigen weltweit agierenden Konzernen. Monsanto darf nicht zum Microsoft der Landwirtschaft werden. Wir setzen uns deshalb für ein Verbot von Gentech-Pflanzen ein, die Menschen, Umwelt und die gentechnikfreie Produktion gefährden. Wir setzen uns für eine weltweite Ächtung der "Terminatortechnologie" ein, die die Keimfähigkeit von Samen abtötet. Wir wollen gentechnische Veränderungen klarer und deutlicher kennzeichnen. Haupteinfallstor für die Agro-Gentechnik sind gentechnisch veränderte Futtermittel. Alle VerbraucherInnen müssen deshalb wissen, ob das Fleisch, die Milch oder der Käse von Tieren stammen, die mit Gensoja oder Genmais gefüttert wurden. Eine klare Kennzeichnung erleichtert die Wahl beim Einkauf und fördert einen gentechnikfreien Futtermittelmarkt. Wir brauchen eine unabhängige Bewertung der Agrogentechnik, dazu müssen auch die sozio-ökonomischen Risiken besser erforscht und einbezogen werden. Die Verflechtungen nationaler und europäischer Prüf- und Zulassungsbehörden mit der Agro-Gentechnik-Lobby müssen offengelegt und beseitigt werden.

Biopatente führen zu Monopolansprüchen weniger Konzerne auf Pflanzen und Tiere, zu Abhängigkeiten von Landwirten und blockieren innovative Züchtungsfortschritte. Wir setzen uns daher für eine Korrektur der EU-Biopatentrichtlinie und für eine Novellierung des Deutschen Patentgesetzes ein. Damit Patente auf Pflanzen, Tiere und biologische Züchtungsverfahren nicht weiter erteilt werden können.

Seit langem wollen wir Grünen, dass Klasse statt Masse in die Auslage kommt und nicht Gammelfleisch oder Gift auf dem Tisch landet. Gesundheitsgefährliche Pestizide haben in Lebensmitteln nichts verloren, das wollen wir konsequent durchsetzen. Wir stehen dafür, dass endlich die Mehrfachbelastung mit unterschiedlichen Pestizidrückständen bei der Festlegung der Obergrenzen in Nahrungs- und Futtermitteln berücksichtigt werden. Wir wollen, dass die Bundesregierung national und international eine aktivere Rolle übernimmt, wenn es darum geht die BürgerInnen vor Pestiziden zu schützen. Das Wissen um gesunde Ernährung wollen wir allgemein bekannt machen, denn jeder Zweite leidet bereits unter Fehl- und Überernährung. Bei Lebensmitteln soll der Gehalt an Fett, Zucker und Salz darum durch eine Ampel-Kennzeichnung in den Farben grün-gelb-rot eindeutig sichtbar werden. In Schulen und Kindergärten soll eine gemeinsame gesunde Mahlzeit selbstverständlich werden.

Wer Grün wählt, ...

- ... stärkt die VerbraucherInnenrechte .
- ... wählt Essen und Felder ohne Gentechnik
- ... will nicht nur wissen, was auf den Tisch kommt, sondern auch was drin ist.
- ... stimmt für einen besseren Schutz vor den schwarzen Schafen der Finanz- und Energiewirtschaft.
- ... stimmt für ein Nachhaltigkeitssiegel - gegen Kinderarbeit, Umweltsauereien und Ausbeutung